



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 14. Mai 2009

Wohnbautopf wird ausgeräumt Graz stellt sich auf die Füße

Erfolg einer KPÖ-Initiative: Der Gemeinderat stellt sich einstimmig gegen die von ÖVP und SPÖ im Land beschlossene Kürzung der Rücklagen der Wohnbauförderungsmittel um 11,5 Millionen Euro.

Gemeinderat Manfred Eber: „In den letzten fünf Jahren sind die Mieten doppelt so stark gestiegen wie Inflation und Löhne. Bereits jetzt sind es längst nicht mehr nur Kleinverdiener, Arbeitslose, Pensionist/inn/en oder Alleinerzieherinnen, die sich die Mieten auf dem

so genannten freien Markt nicht mehr leisten können. Auch Haushalte mit einem mittleren Einkommen zahlen für eine zeitgemäße Mietwohnung oft schon über 40 % ihres Nettoeinkommens.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des dramatischen Konjunkturerbruchs ist die Kürzung der Fördertöpfe kontraproduktiv. Mit den Wohnbauförderungsmitteln kann einerseits die Finanzierung für Baumaßnahmen einerseits ein Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft und der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sein, andererseits ein wichtiger



Beitrag zur Unterstützung von weniger begüterten Menschen, um ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“

Es ist sehr positiv, dass sich die Stadt Graz jetzt auf die Füße stellt und beim Land gegen das Ausräumen der Wohnbautöpfe protestiert.

Auf dem Rücken der Kinder

Nachmittagsbetreuung in Horten eingeschränkt

Die Stadt schränkt die Möglichkeit der Nachmittagsbetreuung in städtischen Horten während der Sommerferien ein. Als Grund wird der Sparkurs angegeben. Die Grazer KPÖ lehnt diese Vorgangsweise ab, die auf dem Rücken der Eltern und der Kinder ausgetragen wird. Uli Taberhofer: „Die Stadt Graz muss hier ihre Verantwortung weiter wahrnehmen. Das Angebot, einige Hortplätze in der privaten Einrichtung WIKI finanziell zu unterstützen, reicht bei weitem nicht aus.“

Das System der Nachmittagsbetreuung an den Volksschulen wird sehr gut angenommen, da in immer mehr Familien beide Elternteile berufstätig sind.

In den Sommerferien soll ab jetzt aber das bisher bestehende Angebot einer Unterbringung in einem der städtischen Horten wegfallen. Dies bedeutet für 70 bis 80 Kinder und deren Eltern, dass sie in den Sommerferien eine Alternative zu den städtischen Einrichtungen finden müssen.

Die Streichung des Angebots wird mit den hohen Kosten begründet. Für Prestigeprojekte ist Geld da, bei der Kinderbetreuung fehlt es.

RAT UND HILFE



**Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60**

Anrainer wehren sich gegen Bordell

In der Neubaugasse 37 (Bezirk Lend) soll ein „Laufhaus“ errichtet werden. Durch dieses Bordell wird sich die Wohnsituation für die Bevölkerung und insbesondere für Jungfamilien mit Kindern deutlich verschlechtern. deshalb sind sie gegen diesen Standort.

Uli Taberhofer brachte dieses Anliegen im Gemeinderat zur Sprache und verlangte Maßnahmen der Stadt im Sinne der Anrainer.



MAI 2009

Anträge und Initiativen der der KPÖ in Stadtrat und Gemeinderat:

Sozialpass: Einstimmiger Beschluss

Der Gemeinderat am Donnerstag nahm einstimmig einen dringlichen Antrag von ÖVP, Grünen und KPÖ in Sachen Sozialpass an. Darin wird die Sozialstadträtin mit der Ausarbeitung eines Sozialpasses bis zur Gemeinderatssitzung am 24. September beauftragt; alle zuständigen Abteilungen werden zur Mitarbeit an dieser wichtigen sozialen Initiative eingeladen.

„Nach diesem positiven Beschluss würde sich jede Partei in der Stadtregierung sehr schwer tun, wenn sie den Grazer Sozialpass nicht einführen oder seine Leistungen für Menschen mit niedrigem Einkommen verwässern wollte“.

Die Grazer KPÖ tritt seit 15 Jahren für diese Forderung ein. Elke Kahr: „Wir wollen, dass der Sozialpass für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 1000 Euro gilt.“

Er soll Behördenwege reduzieren, alle bestehenden Ansprüche auflisten und automatisch übernehmen. Er garantiert den Bezug des Heizkostenzuschusses sowie die Befreiung vom Grundpreis bei Gas, Strom und Fernwärme. Außerdem soll es Ermäßigungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und bei öffentlichen Kultur-, Sport und Bildungseinrichtungen geben.“

Bei der KPÖ stellt man fest, dass anscheinend steter Tropfen doch den Stein höhlt und eine Verwirklichung der wichtigen Forderung Sozialpass in greifbare Nähe gerückt ist. Allerdings kann man der Idee einer etappenweisen Einführung, wie dies anscheinend SPÖ und ÖVP überlegen, wenig abgewinnen. Elke Kahr: „Wir müssen immer die Leute, denen es nicht so gut geht, im Auge haben. Wenn ihnen geholfen wird, ist das wichtiger als kurzfristige Vorteile im Kleinkrieg der Parteien.“



Wartehäuschen



Wegen der Verlegung einer GVB-Haltestelle in der Straßgangerstraße ist das bestehende Wartehäuschen auf Höhe Spar - vis a vis Billa - funktionslos geworden, weil an der neuen Haltestelle kein Wartehäuschen Platz findet.

Gemeinderätin Gerti Schloffer: „Es wäre sinnvoll, dieses Wartehäuschen zu einer Haltestelle zu transferieren, wo die GVB-Passagiere so etwas wollen.“

Pflegeheime

In Andritz musste ein privates Pflegeheim geschlossen werden. Die Menschen in diesem Heim sind schwer vernachlässigt worden. Die KPÖ fordert mehr Mittel und Personal für eine bessere Kontrolle der Heime durch die Stadt. (Uli Taberhofer).

In einem Antrag tritt der Gemeinderat dafür ein, in Andritz ein neues Pflegeheim zu errichten, am besten durch die Geriatrischen Zentren (GGZ) der Stadt. Uli Taberhofer: „Privates Profitstreben auf Kosten der Pflegebedürftigen muss unbedingt ausgeschaltet werden“.



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

Billigere Studententickets

Die Studentenkarte der GVB ist zu teuer. Eine Halbpriekarte - wie sie von ÖH, KSV und KPÖ gefordert wird - kommt auch deshalb nicht zustande, weil die Stadt Graz nicht mehr dazuzahlen will. GR Manfred Eber: „Ich trete dafür ein, dass die seit dem Jahr 1996

bestehende Vereinbarung zur Finanzierung und Unterstützung einer Studienkarte im Verkehrsverbund Steiermark so geändert wird, dass zukünftig eine Ermäßigung von 50 % für Studierende erzielt werden kann.“

Gösting: Zebrastreifen

Einen Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Anton Kleinoscheg Strasse zur Exerzierplatzstrasse fordert Gemeinderat Christian Sikora: „Nach der Schließung



des Bahnüberganges Weixelbaumstraße im Bezirk Gösting wurde im Bereich der Eisenbahnunterführung Exerzierplatzstraße der nordseitige Gehsteig mit einem provisorischen Holzzaun für Fußgänger gesichert. Die Gehsteigsiche-

rung erstreckt sich nun aber weit in die Anton Kleinoscheg Strasse in Richtung Norden. Für die Bewohner der Siedlung im südlichen Teil der Anton Kleinoscheg Strasse ein Überqueren der stark frequentierten Strasse nicht mehr gefahrlos möglich. Viele der Bewohner benutzen nun den südlichen ungeschützten Teil der Eisenbahnunterführung Exerzierplatzstrasse, um in das nahegelegene Einkaufszentrum in der Wienerstraße zu gelangen. Gefährliche Situationen mit dem Individualverkehr stehen dabei nicht nur für Kinder an der Tagesordnung.“

Straßenbahnfenster nicht mit Werbung zukleben

Immer öfter werden die Fenster von GVB-Straßenbahnen mit Werbefolien zugeklebt. Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch fordert ein Ende dieser Unsitte

Der KPÖ-Mandatar: „Ein Umstand, der ganz sicher nicht zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, sondern eher zur Verärgerung vieler zahlender Fahrgäste beiträgt (aber leicht zu korrigieren wäre) ist die Unsitte, Fenster durch Werbefolien zu verkleben und so den Passagieren den Blick auf unsere schöne Stadt zu erschweren oder zu verunmöglichen. Erfolgt diese

aufdringliche Gestaltung blickdicht und über mehrere Scheiben zugleich, wird vor allem älteren Passagieren auch die Orientierungsmöglichkeit reduziert.

Wenn schon Werbung sein muss, so bieten die Metallflächen der Verkehrsmittel garantiert genug Raum für entsprechende Reklamehinweise.“



ECE: Bürgerversammlung kommt



Die Stadt Graz wird eine Bürgerversammlung in Sachen ECE veranstalten, an der auch Bürgermeister Nagl teilnehmen muss. KPÖ-

Klubobfrau Ina Bergmann: „Es ist wichtig, dass die Politiker mit den Menschen reden. Die Information und Mitbestimmung lässt nämlich zu wünschen übrig. Immer mehr Leute meinen, dass ihre Meinung im Grunde nicht zählt.“ Ein Konzern darf nicht wichtiger sein als die Anrainer des Projektes.

Die KPÖ zeigt sich erfreut über das Umdenken von SPÖ und FP, die sich von Befürwortern des Mammutvorhabens am Bahnhofgürtel zu Kritikern gewandelt haben.

KPÖ
GRAZ
www.kpoe-graz.at